Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße № 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer viertheiligen Petitzeile 1¼ Sgr.

Breslauer Zeitung

№ 89. Montag den 29. März 1852.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 26. März, Mittag 1 Uhr. Der soeben erschienene „Moniteur“ enthält ein Decentralisations-Dekret. In der Einleitung zu demselben heißt es: In Erwägung, daß man fernher regieren, nur nahebei verwalten kann, muß die Wirksamkeit der Regierung sich centralisiren, die der Verwaltung sich decentralisiren. Das Dekret verordnet: Dem Ministerium sei es vorbehalten, über Angelegenheiten, welche die Staats-Interessen betreffen, als die Billigung von Lokal-Budgets, außerordentliche Auflagen, Grenzbestimmungen zu entscheiden, die Präfekten entscheiden selbst über andere, namentlich aufgeführte Departemental- und Kommunal-Angelegenheiten.

Paris, 26. März. Ein Dekret im heutigen „Moniteur“ hebt das Klubgesetz auf, mit Ausnahme des Art. 13, welcher die geheimen Gesellschaften verbietet. Oeffentliche Versammlungen verfallen dem Strafgesetzbuch.

Triest, 27. März. Der Herzog von Sachsen-Weimar, Truppenkommandant der holländischen Besitzungen in Hinterindien und Sir John Grey, kgl. großbritannischer Truppenkommandant zu Bombay, sind soeben mit dem Lloyddampfer aus Ostindien hier eingetroffen.

Bombay, 3. März. Die Unterhandlungen mit Birma sind fallen gelassen. 6000 Mann, gegen Rangun bestimmt, sind von hier mit Dampfern nach Calcutta und Madras befördert worden.

Preußen.

Berlin, 27. März. Se. Majestät der König sind heute Abend 6¼ Uhr hier wieder eingetroffen und haben Allerhöchstsich sogleich nach Charlottenburg begeben.

Berlin, 27. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, dem wirklichen geheimen Ober-Regierungsrath von Raumer die nachgesuchte Entbindung von seiner bisherigen Stelle als Direktor der gesammten Archive zu ertheilen; und den Professor an der Universität zu Berlin, Dr. v. Lancizolle, zum Direktor der Staats-Archive; sowie den Zollvereins-Bevollmächtigten, Regierungsrath von der Gröben in Braunschweig, und den Dirigenten der Erbschaftsstempel-Verwaltung, Regierungsrath Witte hierselbst, zu geheimen Regierungs-Räthen zu ernennen.

[Militär-Wochenblatt.] v. Michaelis, Oberst-Lieut. a. D., zuletzt Major u. Kmdr. des 3. Ulan. Regts., gestattet, die Unif. dieses Regts. mit den vorschr. Abz. f. V. zu tragen. Köppen, Hauptm. a. D., zuletzt im 20. Inf. Regt., der Char. als Maj. beigelegt. v. Minkwitz, Sec. Lt. vom 1. Kür. Regt., zum Pr. Lt., Gr. v Pückler, P. Fähnr. vom 23. Inf. Regt., zum überz. Sec. Lt. befördert. v. Dewall, Hauptm. von der Adjut., ins Kriegsministerium versetzt. v. Kaminietz, Rittm. a. D., zuletzt Pr. Lt. im 2 Ulan. Regt., gestattet, die Unif. dieses Regts. mit den vorschr. Abz. f. V. zu tragen. v. Hanstein, P. Fähnr. vom 4. Jäger-Bat., unter Versetzung zum 1. Inf. Regt., zum überzähl. Sec. Lt. befördert. Gr. zu Solms-Rödelheim, v. Schlemüller, Obersten und Flügel-Adjutanten, interim. Kommandeure resp. der 13. Kavall. Brig. und der 2. Garde-Kavall. Brigade, in ihrem Verhältniß als Brigade-Kommandeure bestätigt. — Bei der Landwehr: v. Pastau, Oberst-Lt. a. D., zuletzt Führer des 2. Aufgeb. vom 1. Bat. 19. Regts., gestattet, die Unif. des 18. Inf. Regts. mit den vorschr. Abz. f. V. zu tragen. Frhr. v. Rosenberg, Sec. Lt. vom 2. Bat. 5., ins 1 Bat. 10. Regts. einrangirt. Brandt, Pr. Lt. vom 2. Bat. 10. Regts., zum Hauptm., Grande, Sec. Lt. von dems. Bat., zum Pr. Lt., v. Corvisart-Montmarin, Unteroff. von dems. Bat., zum Sec. Lt. bei der Artill., Gr. v. Carmer, v. Lieres u. Wilkau, Pr. Lts. von der Kavall des 3. Bats. 10. Regts., letzterer unter Ernennung zum Esc. Führer, zu Rittm. befördert. Brassert, Sec. Lt. vom 2. Bat. 6. Regts., v. Knebel-Döberitz, Sec. Lt. von der Kavall. des 1. Bat. 10., ins 3. Bat. 10. Regts., Bar. v. Senden, Hauptm. vom 3. Bat. 20. Regts., ins Ldw. Bat. 38 Inf. Regts. einrangirt. Horn, Pr. Lt. (mit Hauptms. Char.) vom 3. Bat. 11. Regts, zum Hauptm. befördert. v. Randow, Pr. Lt. vom Ldw. Bat. 38. Inf. Regts., von den Pion. zur Inf. versetzt. Peschke, Sec. Lt. vom 1. Bat. 22. Regts zum Pr. Lt. befördert. Sonnenberg, Sec. Lt. vom 3. Bat. 2., ins 1. Bat. 23. Regts., Gottwald, Sec. Lt. vom 2. Bat., ins 3. Bat. 23. Regts. einrangirt. — Favreau, Haupt zur Disp., zuletzt in der 2. Ingen. Insp. mit der Ingen. Unif. mit den vorschr. Abz. f. V., Rotte, Major zur Disp., zuletzt Hauptm. u. Chef der ehemal. 24. Inf. Regts. Garnis. Komp., mit der Unif. des 27. Inf. Regts. mit den vorschr. Abz. f. V. mit ihrer bisher. Pension der Abschied bewilligt. Lessing, Sec. Lt. vom 10. Infanterie-Regiment, scheidet aus. v. d. Mülbe, v. Klinkowström, P. Fähnrs. von dems. Regiment, zur Reserve entlassen. Giese, Sec. Lt. von der Art. des 3. Bats. 10. Rgts., v. Heydebrand u. d. Lasa, Pr. Lt. vom 2. Bat. 11. Rgts., Kunze, Pr. Lt. vom 3. Bat. 11. Rgts., diesem als Hauptm. mit d. Rgts.-Unif. mit den vorschr. Abz. f. V., v. Jankwitz, Hptm. vom 1. Bat. 23. Rgts., Koch, Hptm. vom 3. Bat. 23. Rgts., v. Blacha I., Pr. Lt von dems. Bat., v. Jordan, Rittmstr. von dems. Bat., allen vieren mit der Rgts.-Unif. mit den vorschr. Abz. f. V., der Abschied bewilligt. Schadow, geh. Kanzlei-Inspektor vom Kriegs-Ministerium, welcher vom 1. Juni ab in den nachgesuchten Ruhestand tritt, der Char. als Kanzlei-Rath bei seinem Ausscheiden a. d. Dienst verliehen. Lampel, Intend.-Referend., auf Ansuchen von d. Intend. des VI., zu der des Garde-Corps versetzt. Willer, geh. Kanzlei-Sekretair vom Kriegs-Minist., zum geheimen Kanzlei-Inspektor bei demselben befördert. v. Reyher, General-Lieut. und Chef des General-Stabes der Armee, der rothe Adler-Orden erster Klasse mit Eichenlaub, v. Thiesenhausen, Hauptm. im 11. Ldw. Rgt., der rothe Adler-Orden vierter Klasse verliehen.

Kammer-Verhandlungen.

Erste Kammer. Sitzung vom 27. März.

Anfang 12 Uhr. Vorsitzender: Graf v. Rittberg. Am Ministertische: v. Westphalen, Simons; als Regierungs-Kommissar Wehrmann.

Nach Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung und der Erledigung von Wahlprüfungen wird ein von dem Präsidenten der zweiten Kammer eingereichter Gesetz-Entwurf, betreffend die Ermäßigung des Güterportos auf preußischen Posten, einer neu zu wählenden Kommission überwiesen. Die Kammer geht zur Diskussion über die Zulässigkeit eines Antrages des Abgeordneten v. Zander, welcher dahin geht, einen Gesetz-Entwurf, betreffend die Abänderung der Art. 40 und 41 der Verfassungs-Urkunde, anzunehmen. Kisker erklärt sich gegen die Zulässigkeit dieses Antrages. v. Zander dafür, aus Rücksicht für Zeitersparniß durch frühzeitigere Berathung desjenigen Beschlusses, welcher am 24. d. M. auf den Antrag des Abgeordneten Geppert von der zweiten Kammer gefaßt worden ist. Stahl erklärt sich dahin, daß die Entscheidung der Zulässigkeit der Kommission zu überlassen sei, welche über den materiellen Theil des Gesetz-Entwurfes berathen wird. Kisker beantragt, die Zulässigkeits-Entscheidung der Geschäfts-Ordnungs-Kommission zu übertragen. Die Kommission entscheidet sich für die Stahl'sche Ansicht und der Gesetzentwurf selbst wird der 9. Kommission zur Berathung überwiesen. Es folgt hierauf der Bericht der Agrar-Kommission über den Gesetz-Entwurf, betreffend die Kosten des gerichtlichen Verfahrens in den nach der Gemeinheitstheilungs-Ordn. vom 19. Mai 1851 zu behandelnden Theilungen und Ablösungen in den Landestheilen des linken Rheinufers. Die Kommission empfiehlt die Annahme des Gesetz-Entwurfes in der von der zweiten Kammer beschlossenen Fassung; die Kammer genehmigt denselben. Schließlich folgt die zweite Abstimmung über den am 5. März gefaßten Beschluß, wegen Abänderung der Art. 65, 66, 67 und 68 der Verfassungs-Urkunde, betreffend die Neubildung der ersten Kammer, nach den Anträgen der Kommission und den Verbesserungs-Anträgen des Abgeordneten Hoppe. Die heutige namentliche Abstimmung ergiebt die Annahme derselben mit 83 gegen 51 Stimmen. Mit Ja stimmten unter A.: v. Westphalen, Simons, v. Rittberg, Brüggemann, v. Bethmann-Hollweg, Matthis, Camphausen, Heffter, Knoblauch, v. Ladenberg, Schmückert, v. Vincke, v. Raumer (Düsseldorf), Kisker, v. Bockum-Dolffs; mit Nein: v. Gerlach, v. Buddenbrock, Graf Itzenplitz, Prinz zu Hohenlohe, Graf zu Dohna-Lötzen, Graf zu Dohna-Sagan, Graf Alvensleben, v. Gaffron, v. Kleist-Tychow, Veit Frech, v. Forstner. Der Abstimmung enthielten sich Fürst Reuß und v. Rönne. — Der nach Anzeige des Präsidenten der zweiten Kammer in dieser genehmigte Gesetz-Entwurf, betreffend den Ankauf der niederschlesisch-märkischen Eisenbahn für den Staat, wird auf die Tages-Ordnung für die nächste Sitzung kommen. Diese findet Dienstag statt.

Zweite Kammer. Sitzung vom 27. März.

Anfang 12 Uhr. Präsident Graf Schwerin. Verlesung und Genehmigung des Protokolls. Hierauf erklärt der Präsident, daß in der nächsten Woche das Disziplinargesetz und der Art. 99 der Verfassung zur Berathung kommen werde. Dann erfolgt die nochmalige Abstimmung über den gestern eingebrachten Abänderungs-Vorschlag des Abg. v. Bodelschwingh und über das Gesetz zur Erwerbung der niederschlesisch-märkischen Eisenbahn. — Die heutige Tagesordnung enthält zunächst den 10. Bericht der Petitionskommission. Die erste Petition beantragt, die in Neu-Vorpommern noch bestehenden Tertialgüter derselben Behandlung zu unterwerfen, welche in Bezug auf die Lehen und Fideikommisse, betreffend ihre Verwandlung in freies Eigenthum, bestimmt worden ist. Auf Beselers Antrag wird die vorgeschlagene Tagesordnung abgelehnt und die Petition dem Ministerium überwiesen. — Ueber die beiden Petitionen auf Aufhebung der Verfassung von 67 Landleuten aus Pritzwalk und von 104 Städtern der Ostpriegnitz wird ohne Debatte zur Tagesordnung übergegangen, ebenso bei den Petitionen desselben Inhalts aus Pommern, von einem v. Pirch und Genossen und dem Kaufmann Moritz in Stettin. — Bei der Petition des deutschkatholischen Geistlichen Arensdorf aus Potsdam beantragt Beseler Aussetzung der Sache bis zur Erledigung der Dissidentenfrage, worin er von Urlichs und Brähmer unterstützt wird, wie auch von Geppert. Der Antrag wird angenommen. — Nach dem hierauf folgenden Berichte der Justiz-Kommission wird auf deren Antrage gemäß über 8 verschiedene Petitionen Uebergang zur Tagesordnung beliebt, eine dagegen ans Justizministerium verwiesen, die des Rechtsanwalt und Notars Forno in Tempelburg, auf Aufhebung und resp. Modifizirung der §§ 7 und 8 des Gesetzes über das Verfahren bei Notariats-Instrumenten. — Es folgt der 2te Bericht der Kommission für Finanzen und Zölle über verschiedene Petitionen, an deren Spitze die bekannten der Gewerberäthe von Breslau, Stettin, Elberfeld, Münster, Görlitz und und Altena, auf Abschaffung der Gewerbesteuer, steht. Es wird, wie auch über 2 folgende, die von der Kommission beantragte Tagesordnung angenommen. Eine Petition von 150 Einwohnern von Berlin, auf Wiederherstellung der frühern, erhöhten Salzpreise und Verwendung der dadurch erzielten Ueberschüsse zum Besten der arbeitenden Klassen, hat einen Antrag hervorgerufen; es wird jedoch bei dieser, wie bei den folgenden beiden Petitionen zur Tagesordnung übergegangen. Die Petitionen der Schlächter zu Düsseldorf und Stettin, und der Bäcker zu Görlitz, um Abänderung der bei ihrem Gewerbe vorgeschriebenen Einschätzungsart der Gewerbesteuer, wird auf den Antrag des Abg. v. Patow dem Finanzminister zur Berücksichtigung bei der künftigen Gewerbesteuer-Gesetzgebung überwiesen. — Endlich folgt der 11. Bericht der Petitionskommission über 11 Petitionen. Diejenigen der freien Gemeinden zu Tilsit und Nordhausen werden bis zur Diskussion des betreffenden Gesetzvorschlages ausgesetzt. Ueber die übrigen wird die von der Kommission vorgeschlagene Tagesordnung angenommen. (Schluß 2 Uhr. Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. Tagesordnung: Schlußbericht der Central-Budget-Kommission und das Disziplinargesetz.)

---

* **Berlin,** 27. März. [Eine süddeutsche Konferenz. — Die Bundes-Festungen. — Die kurhessische Frage.] In der N. Pr. Ztg. findet sich heut folgende Meldung: Die Regierungen von Baiern, Sachsen und Württemberg haben in diesem Augenblicke Bevollmächtigte in einer Konferenz zu München zusammentreten lassen. Baiern wird in dieser Konferenz durch den Minister v. d. Pfordten, Württemberg durch den Minister v. Neurath und Sachsen durch den Minister v. Beust vertreten. Zweck der Konferenz sind Berathungen über die von diesen Regierungen auf dem

Zollvereins-Kongresse zu Berlin einzunehmende Stellung. Wir zweifeln nicht, daß Herr v. d. Pfordten bemüht sein wird, hier den wiener Zoll-Konferenzen das Wort zu reden, glauben aber, daß die Interessen Baierns mächtiger sein werden, als die Wünsche des Herrn v. d. Pfordten.

Aus Frankfurt schreibt man der Pr. Ztg.: „Bekanntlich sind die Bedürfnisse der Marine zum Theil aus den Fonds für die Bundes-Festungen bestritten worden; dadurch ist es seit 1848 nicht möglich gewesen, sämmtliche Instandsetzungen in denselben, wie früher, zu bewirken. Um nun in dieser Hinsicht das Erforderliche nachzuholen, hat der Militär-Ausschuß zunächst für die Festungen Mainz und Luxemburg die Ausschreibung einer Matrikular-Umlage von 500,000 Gulden beantragt. Wie man vernimmt, hat die Bundesversammlung beschlossen, über diesen Antrag die Erklärungen der Regierungen einzuholen."

In Bezug auf den Stand der kurhessischen Verfassungs-Angelegenheit berichtet die V. Z., daß die Bundesversammlung auf die betreffenden Anträge bereits Beschluß gefaßt habe oder wenigstens in den nächsten Tagen fassen werde, so daß jedenfalls die Veröffentlichung der neuen Verfassung für Kurhessen und die gleichzeitige Einberufung der neuen Ständeversammlung Anfangs k. M. erfolgen werde. Der einzige Punkt, welcher vom kurfürstlichen Ministerium noch berathen werde, beziehe sich darauf, ob mit der Publicirung der neuen Verfassung der Kriegszustand des Landes aufgehoben werden soll. Als wahrscheinlich höre man es bezeichnen, daß der Kriegszustand im Kurfürstenthum etwa noch 1 Monat bis 6 Wochen nach Publicirung der neuen Verfassung fortdauern dürfte.

Berlin, 27. März. [Personal-Nachrichten. — Zur Tages-Chronik.] Der hannoversche Minister v. d. Decken ist nicht, wie vielfach angenommen wird, in der Flottenfrage hier anwesend. Seine Anwesenheit dürfte vielmehr verwandtschaftlichen Beziehungen gelten. (Herr v. d. Decken ist ein Verwandter des Ministers v. Westphalen.)

Auch in diesem Frühjahr werden von dem Kriegsministerium mehrere Offiziere nach Paris gesendet werden.

Der kgl. spanische außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am hiesigen Hofe Marquis v. Benalua ist gestern Nachmittag von Paris kommend wieder hier eingetroffen. — Der kgl. Regierungsrath und Zollvereins-Bevollmächtigte v. d. Gröben ist aus Braunschweig hier eingetroffen. — Der kgl. spanische Legations-Sekretär am kais. österreich. Hofe Don Juan Sandoval ist nach Wien von hier abgereist. — Der Legations-Sekretär der kgl. schwed.-norweg Gesandtschaft in Wien und Kabinets-Courier Collet ist von Stockholm und der k. k. österreich. Kabints-Courier Leyder von Wien hier eingetroffen.

Der seitherige preuß. Konsul in Jassy, v. Loos, ist um seinen Abschied eingekommen; nach dessen Bewilligung dürfte der zeitige Konsul in Galacz, Kammergerichts-Assessor König, in seine Stelle treten, der letzte Posten aber durch einen andern Beamten besetzt werden. (N. Pr. Z.)

Für den nunmehr wieder zu besetzenden würtembergischen Gesandtschaftsposten am hiesigen Hofe wird der Frhr. Karl v. Hügel genannt.

Die von dem Könige von Würtemberg gewünschte Wiedereröffnung des alten freundschaftlichen Verhältnisses resp. des diplomatischen Verkehrs zwischen dem stuttgarter und unserm Hofe — ein Wunsch, der hier sehr entgegenkommend aufgenommen wurde — wird allerdings zu der baldigen gegenseitigen Ernennung von Gesandten führen. Wenn Herr v. Sydow als für Stuttgart bestimmt genannt wird, so soll dies nach den uns werdenden Mittheilungen nicht richtig sein.

Ein allgemeines Interesse hat vielleicht die Notiz, daß der von Sachsen für den pariser Gesandtschaftsposten designirte Baron v. Selbach ein Schwiegersohn des russischen Staatskanzlers Grafen Nesselrode ist.

Geheimerath Pertz ist von den Erben des General-Feldmarschalls Gneisenau ersucht worden, aus dem Nachlasse dieses berühmten Militärs ein Bild seines Lebens und Wirkens zusammenzustellen. Herr Pertz wird sich jetzt, nachdem er sein „Leben Steins" beendet hat, dieser neuen Aufgabe unterziehen. (C. B.)

Gestern Nachmittag trat das Ministerium zu einer Berathung zusammen.

Die heutige Nummer des „Preußischen Wochenblattes" ist polizeilich mit Beschlag belegt worden.

Bei dem Staatsminister sind Vorstellungen eingegangen, damit bei den bevorstehenden Zoll-Konferenzen auf die von vielen Städten beabsichtigte Einführung des Oktroi, welche jetzt gegen die Zollvereinsverträge verstößt, Rücksicht genommen werde. Zu diesem Zwecke sollen, wenn möglich, Abgeordnete aus den größeren Städte der Monarchie berufen werden.

Die breslauer Handelskammer bereitet eine Eingabe an das Staatsministerium vor, in welcher sich diese Körperschaft gegen das den Kammern vorgelegte Gesetz wegen Erhöhung der Steuer vom inländischen Rübenzucker von 3 auf 4½ Sgr. pro Zoll-Centner der für die Zuckerbereitung bestimmten rohen Rüben erklärt und wenigstens eine weitere Verfolgung dieser Steuererhöhung bis Sept. 1853 verschoben wissen will.

[Parlamentarisches.] Zu der gestrigen Notiz in Betreff der Erweiterung der Garantie, welche die Postverwaltung für die ihr zur Beförderung übergebenen Gegenstände in Zukunft übernehmen soll, bemerken wir, daß nach der Absicht der Regierung nur für Packete, für Briefe mit deklarirtem Werthe und für rekommandirte Sendungen in Fällen des Verlustes oder der Beschädigung Gewähr geleistet werden soll. In Fällen der Verzögerung soll nur dann Ersatz zu gewähren sein, wenn durch die Verzögerung die Sache verdorben oder an Werth bleibend verloren hat. Ist Verlust, Beschädigung oder Verzögerung durch unabwendbare Folgen eines Naturereignisses oder durch Zufall oder auf einer auswärtigen Postanstalt, für welche die preußische Verwaltung nicht konventionsmäßig zur Ersatzleistung verpflichtet ist, erfolgt, so wird die letztere nicht gewährt. Die Postverwaltung leistet nur Beistand bei der Verfolgung der Ansprüche gegen die auswärtige Anstalt. Außerdem leistet sie Gewähr für Verluste durch Raub oder Diebstahl. Eine Erweiterung dieser Garantieübernahme wird nun namentlich in Betreff der Nachtheile beantragt werden, welche auf auswärtigen Posten sich ereignen; auch ich Betreff der für diesen Fall von der Regierung übernommenen Assistenzpflicht soll eine bestimmtere Präcisirung in Vorschlag gebracht werden.

Ueber die Beschlüsse der ersten Kammer zur Abänderung des Artikel 94 und 95 der Verfassung, die Kompetenz der Schwurgerichte in politischen Untersuchungen und die Bildung des Staatsgerichtshofes betreffend, hat jetzt die Kommission der zweiten Kammer Bericht erstattet. Wir haben bereits über die Verhandlungen der Kommission und das Ergebniß derselben — Zustimmung zu den Beschlüssen der ersten Kammer — berichtet. Das Amendement der Minorität (v. Bodelschwingh, Geppert u. A.) ging dahin: statt des Art. 94 zu bestimmen: „Bei Verbrechen erfolgt die Entscheidung über die Schuld des Angeklagten durch Geschworene, insoweit das Gesetz nicht Ausnahmen bestimmt. Die Bildung des Geschworenengerichts regelt das Gesetz", der Art. 95 (Staatsgerichtshof) dann aber ganz zu streichen. Von der Regierung wurde schon die Annahme dieses Vorschlages für einen großen Gewinn erachtet. Die Urheber desselben gingen hauptsächlich davon aus, daß es der Spezialgesetzgebung überlassen bleiben müsse, über die Kompetenz der Geschworenen zu bestimmen. Ueberhaupt aber wurde es für nicht rathsam erachtet, in der Verfassung zwischen den verschiedenen Verbrechen zu unterscheiden und die politischen anders zu behandeln als die gemeinen.

Von der Petitions-Kommission der ersten Kammer ist über eine Anzahl neuer Petitionen wegen verstärkter „Sonntagsheiligung", wegen Aufhebung der Erb-, Lehen- und Schulzenämter (durch 20 Lehnschulzen eingebracht), wegen Errichtung einer Bank für ländliche Grundstücke ꝛc. (C. B.)

In der ersten Kammer ist der Bericht über den Antrag des Dr. Klee erstattet, welcher eine Abänderung der Verfassung dahin verlangt, daß die Mitgliedschaft in einer der beiden Kammern und der Zutritt zu Aemtern, mit denen die Ausübung einer richterlichen, polizeilichen oder exekutiven Gewalt verbunden, durch die Aufnahme in eine der anerkannten christlichen Kirchen bedingt sein soll. Der Vertreter des Ministerii der geistlichen Angelegenheiten gab folgende Erklärung ab:

„Der preußische Staat habe sich als auf christlicher Grundlage erbaut anzusehen, und könne von dieser Grundlage niemals lassen. Die gesetzliche Präcisirung des sich hieraus in Bezug auf den vorliegenden Gegenstand ergebenden Verhältnisses sei aber um deshalb nicht so einfach, weil neben der römisch-katholischen und der evangelischen Landeskirche andere kirchliche Gemeinschaften beständen, denen wie z. B. den Alt-Lutheranern, das Prädikat der Christlichkeit im vollen Sinne des Worts nicht abgesprochen werden könne. Mit Rücksicht hierauf habe der Antragsteller seinen Antrag bereits modifizirt, mit Rücksicht hierauf müsse auch, nachdem das alte Recht durch die neueste Gesetzgebung einmal gebrochen, für den Staat, der selbst nach schweren Kämpfen kaum wieder zu einem geordneten Bestande gelangt sei, die sofortige gerechte Lösung der hochwichtigen Frage, so wie die richtige Feststellung der richtigen Gränzlinien, als eine Aufgabe der schwierigsten Art bezeichnet werden. Wenn daher die Staats-Regierung keine bestimmteren Schritte in der Sache gethan, so hindere dies nicht die volle Anerkennung des Prinzips, von dem sie nur wünschen könne, daß auch die Vertretung des Landes sich dazu bekennen möge."

Gegen die vorgeschlagene einfache Tagesordnung würde geltend gemacht, daß die Majorität dem in dem Antrage liegenden Prinzipe ihre volle Anerkennung zolle. Es ward deshalb mit 8 gegen 5 Stimmen die schon früher mitgetheilte motivirte Tagesordnung angenommen, welche die Ablehnung des Antrags mit den überhäuften Geschäften entschuldigt.

Der Abg. Zander hat der ersten Kammer einen förmlicheu neuen Antrag vorgelegt, welcher die Annahme des Beschlusses der zweiten Kammer, die Abänderung der Artikel 40 und 41 der Verfassung, wegen der Lehen und Fideikommisse, betreffend, bezweckt.

Meurs, 24. März. Heute Morgen gegen 10 Uhr traf Se. Majestät der König von Dortmund über Ruhrort kommend, hier ein, und wurde von den Bewohnern auf das Festlichste empfangen. Die Feier begann mit einem Gottesdienst, auf den die Vorstellung der Behörden, Geistlichkeit u. s. w. erfolgte. Aus den weitern Festlichkeiten heben wir noch die Worte hervor, mit denen der König die Anrede des Bürgermeisters entgegennahm. Sie lauteten nach dem Bericht der Pr. Z. ungefähr: „Gebe Gott, daß sich die von Ihnen ausgesprochenen Wünsche erfüllen mögen! Wie alle meine Vorfahren, kann Ich Ihnen das Zeugniß bewahrter Treue geben. Die Grafschaft hat Mein Haus nie durch eigene Schuld betrübt. — Selbst als der Allmächtige uns schwere Prüfungen gesendet, als Fremdherrschaft auf dem Lande lastete — als in neuester Zeit Viele untreu geworden, haben Sie in Ihrer Treue nicht gewankt. Das hat Mich bewogen, zu Ihnen zu kommen, um Ihnen Meinen Dank aus der Fülle Meines Herzens zu sagen, und Ich füge hinzu, auch den der Königin!" Ein weiteres Moment der Feier bildete die Vertheilung der Medaillen des hohenzollernschen Haus-Ordns, an die aus der Grafschaft Meurs geborenen und dorthin kommandirten Soldaten, welche Ansprüche an dieselbe hatten. Auf diesen Akt folgte das Diner; am Abend sollte eine festliche Erleuchtung stattfinden.

Koblenz, 24. März. Wie man vernimmt, werden gegenwärtig in dem benachbarten Badeorte Ems bauliche und andere Einrichtungen getroffen, zu dem Zweck, in großartiger und glänzender Weise Wohnungsräume herzustellen, welche zur Aufnahme der Kaiserin von Rußland dienen sollen, die man dort gegen Ende des Monats Mai mit zahlreichem Gefolge erwartet.

Aachen, 25. März. Wie man hier in gut unterrichteten Kreisen erzählt, so trafen sich in der vorigen Woche hier die beiden französischen Generale Changarnier und Lamoriciere. (Aach. Z.)

Deutschland.

Frankfurt, 24. März. Wie wir vernehmen, sind die Berathungen des Ausschusses der Preßfachmänner in ein neues Stadium getreten. Man erinnert sich, daß der Entwurf allgemeiner Normen für eine gleichmäßige Preßgesetzgebung in Deutschland, welchen der Ausschuß zuerst aufgestellt hatte, auf gesandtschaftlichem Wege den Regierungen zur Begutachtung übermacht wurde. Wie man hört, wären Erklärungen über denselben eingegangen, und wäre auf sie hin zu einer Revision des Entwurfs geschritten worden. Der Ausschuß hat in diesen Tagen eine Sitzung gehalten. (F. J.)

Der L. Z. schreibt man: „Die Bundesversammlung beschäftigte sich dem Vernehmen nach in ihrer vorgestrigen Sitzung mit den bremischen Angelegenheiten, welche in Folge des von der dortigen Legislatur am 20. d. gefaßten Beschlusses, die von der Bundesversammlung empfohlene Suspension der Verfassung abzulehnen, nun in die entscheidende Krisis eingetreten sind. Dem hannoverschen Generalmajor Jakobi soll als Bundeskommissar für Bremen durch die ertheilte Instruktion eine ausgedehnte Machtbefugniß eingeräumt sein."

München, 24. März. Die „A. Abztg." meldet: Der nunmehr mit Oesterreich abgeschlossene Donauschifffahrtsvertrag ist zur Ratifikation hier eingetroffen. Die Aufhebung der Donauzölle steht mit demselben in Verbindung, wodurch die gegenwärtigen ziemlich hochstehenden Getreidepreise herabgedrückt werden dürften, da der freie Verkehr auf der Donau sicherlich größere Zufuhren aus den getreidereichen Donauländern bringt. — Nach der „Augsb. A. Z." werden jetzt die Forderungen des Episcopats im Kabinet berathen, ohne daß sich bis jetzt Krone und Ministerium deshalb geeinigt hätten. „Wahrscheinlich", sagt das genannte Blatt, „werden durch dir Verwendung des Ministeriums dem Episcopat Konzessionen gemacht werden, die freilich nicht so weit gehen sollen, das Religionsedikt in Frage zu stellen oder der Krone bestimmte Staatsrechte der Kirche gegenüber, auf die sie nicht verzichten zu dürfen glaubt, zu entziehen.

△ **München**, 25. März. [Zur Handel-Politik. — Erfindung einer neuen Art von Brücken.] Der baierische Oberzollrath von Meixner ist beauftragt, sich nach Beendigung des Flottenkongresses in Hannover hierher zu verfügen, um neue Instruktionen für den berliner Zollkongreß zu empfangen. Die heutige halboffizielle Münchener Zeitung sucht übrigens die von mehreren Blättern gebrachte Notiz, als ob in der Beschickung des Zollkongresses von Seiten Baierns etwas Besonderes und Unerwartetes gelegen wäre, zu dementiren, indem es sich von selbst verstehe, daß Baiern sich dabei betheiligen werde. Damit will das ministerielle Blatt offenbar nur glauben machen, als hätten hierüber gar nie verschiedene Ansichten zwischen Krone und Ministerium existirt, während doch gewiß ist, daß solche vorhanden waren und als Hauptursache der Ministerkrisis galten. Selbst über die Person, welche Baiern in Berlin vertreten soll, hat man sich erst kürzlich geeinigt und auch in diesem Punkte ist die Ansicht des Ministeriums, welches Herrn Dr. Hermann vorschlug, nicht durchgedrungen, weil man es allerhöchsten Orts nicht für gut fand, einen Mann mit der Mission nach Berlin zu betrauen, dessen Sympathien für die österreichischen Pläne bereits offenkundig an dem Tag liegen. Uebrigens wird das baiersche Gouvernement sorgfältigst zu vermeiden suchen, in den Zoll- und Handelsangelegenheiten mit Oesterreich gänzlich zu brechen. Den Bestand des Zollvereins zu sichern und möglichst zu befestigen, so wie einen Vertrag zwischen diesem und Oesterreich herbeizuführen, wird fortan das Bestreben des baierschen Gouvernements sein. — Einige baiersche Blätter widersprechen direkt, daß die Ministerkrisis gehoben sei. Es ist dieses ein völliger Irrthum, da die Herren Minister, wie ich bereits gemeldet, ihre Portefeuilles allzusehr lieben. — Ein schleswig-holsteinischer Ingenieur-Offizier, welcher sich zur Zeit hier befindet, hat der Regierung ein Anerbieten einer Erfindung gemacht. Dieselbe besteht in einer Art

Brücken, die unter dem Wasserspiegel über Flüsse und Ströme sollen angebracht werden können, so daß im Kriege der Feind hiervon nichts wahrnimmt. Der Erfinder nennt dieselben Schlauchbrücken; die Regierung ist mit ihm in Unterhandlung getreten.

Bremen, 25. März. Es ist auch heute noch Nichts weder vom Bundescommissär, noch vom Senat in die Oeffentlichkeit gelangt. Wie es heißt, sind jedoch umfassende Aktenstücke, wahrscheinlich der Bericht des Ausschusses, vom Bürgermeister Smidt verfaßt, gedruckt worden. Die Arbeiter der Offizin sollen vereidigt worden sein. Den Protest der Rechten theilt die „Weser=Zeitung" heute mit; 11 Mitglieder derselben sind ausgetreten. Von Mitgliedern der Linken, die als Rechnungsführer fungiren, ist die Genehmigung zu neuen Arbeiten verweigert worden und es werden nur die laufenden Geschäfte besorgt. Die hiesige Kaserne wird zur Aufnahme von Militär in Stand gesetzt, jedoch nicht etwa für Bundestruppen: das hiesige Kontingent, das bis auf die Cadres beurlaubt ist, wird in nächster Zeit einberufen werden. Der demokratische Verein kündigt in seiner Tagesordnung für morgen eine „Anrede an den Bundeskommissär von dem Präsidenten" an. — Das Organ der hiesigen Demokratie kündigt die Ankunft des Generals Jacobi mit der Bemerkung an:

„Es geht ihm der Ruf eines wohlwollenden, einsichtigen Mannes voraus, und wenn ihm seine Instruktion auch den Weg vorschreibt, den er zu gehen hat, so wird in der Ausführung doch Vieles von seiner persönlichen Auffassung abhängen, und er kann die Zeit der Gewalt, die für uns angebrochen ist, wenigstens minder unerträglich machen. Uebrigens mag es ihm Wunder nehmen, daß eine Stadt, die in voller Revolution begriffen ist, sich einer solchen Ruhe erfreut, daß die Spuren der Aufregung, die allerdings herrscht, sich nicht einmal auf den Straßen blicken lassen. Mindestens ist diese Ruhe ein vortrefflicher Kommentar zu den Fabeln von dem wüsten Demokratenthum in Bremen, mit denen die „Neue Bremerin" sonst die Welt dupirte. (Z. f. N.)

Hamburg, 27. März. Aus dem Schleswigschen berichtet die dänische und die schleswigsche Presse über „nunmehr endlich erfolgtes ernsthaftes Einschreiten gegen die mancherlei Wühlereien von stammverwandter Seite." In den sämmtlichen Organen jener Presse, mit Ausnahme „Kjöbenhavnsposten", treiben tagtäglich Calumnianten, Delatoren und Denunzianten ihr schmutziges Gewerbe. Und dieser Menschen, oder derer, die sie gebrauchen, weiß man noch immer nicht, selbst der Graf Carl Moltke, sich zu entledigen. (H. N.)

Oesterreich.

L. N. **Wien,** 27. März. Heute treten die russischen Großfürsten die Reise nach München an. Die Kommandanten der österreichischen Regimenter, welche den beiden Großfürsten verliehen wurden, sind hier eingetroffen, um die Anordnungen der Regiments=Inhaber entgegen zu nehmen. — Vorgestern war zu Ehren der Großfürsten große Soirée beim regierenden Fürsten von Lichtenstein, der auch mehrere Glieder der kaiserlichen Familie beiwohnten. Gestern war bei Hofe große Tafel, und Abends die dritte theatralische Vorstellung. Dieselbe bestand abermals aus einer französischen Komödie und einer Reihe lebender Bilder, worunter zwei neue „Haman und Esther" und die Prophezeiung darstellend. Glanz und Geschmack im Arrangement übertrafen noch die vorhergegangenen Darstellungen. Die schönsten Damen der hohen Aristokratie waren Theilnehmerinnen. Ueber 300 Einladungskarten waren vertheilt. — Diese Feste haben den russischen Prinzen so gefallen, daß sie den Wunsch äußerten, das Andenken an diese heitern Scenen in einem Bilde mitnehmen zu können. Die Erzherzogin Sophie vermittelte diesen Wunsch an jene Damen und Kavaliere, welche den prachtvollen Maskenzug gebildet hatten, und seit einigen Tagen sind nun unsre besten Portraitskünstler eifrigst bemüht, ein Album zusammenzustellen, welches auf 40 Blättern alle mitwirkende Theilnehmer an der Festlichkeit, im Portrait und Kostüme paarweise darstellen wird.

Erzherzog Ludwig, der jüngste Bruder des Kaisers, ist vorgestern nach dem Schlosse Grafenberg bei Görz abgereist, wohin ihm bald seine Mutter, die Erzherzogin Sophie, folgen wird.

Im Ministerium des Unterrichts und Kultus berathet man ununterbrochen über das neue Ehegesetz unter dem Vorsitz des Ministers von einer Kommission, welche auf kaiserliche Anordnungen aus dem Fürstbischof von Seckau, Rauscher, dem Reichsrathe Solvotti, dem Staatsrath Frh. von Pilgram und dem Grafen Wolkenstein gebildet ist. Den Berathungen liegt ein, vom Fürstbischof Rauscher entworfener Plan, zu Grunde.

Der vor einigen Wochen plötzlich in Innsbruck verhaftete Arzt und ausgezeichnete Operateur Dr. Tschan, welcher nach Kles in Südtyrol behufs einer dort eingeleiteten Kriminal=Untersuchung abgeführt wurde, hat sich im dortigen Arreste mittelst Glasscherben eine Arterie geöffnet, soll zwar noch lebend angetroffen worden sein, verschied aber trotz aller angewandten Hilfe, schon am 19. d. Nachmittags.

Frankreich.

⋊ **Paris,** 25. März. [Vermischtes.] Ein Artikel des Bulletin de Paris, auf dessen Erscheinen man schon zum Voraus sehr gespannt war und welches heute wirklich ans Tageslicht getreten ist, verlangt nicht allein die Einsetzung des Kaiserthums, sondern stellt auch dieselbe in nahe Aussicht.

Der Artikel ist ziemlich plump nnd macht nach seinem Erscheinen viel weniger von sich reden, als vorher.

Größeres Aufsehen in der gebildeten Welt macht ein Dekret, welches alle Gewerbe, die mit der Presse in irgend einem Zusammenhange stehen, denselben Gesetzen unterwirft, unter welchen bereits Buchdrucker und Buchhändler seufzen.

Es bestimmt, daß jeder Kupferdrucker patentirt und beeidigt werden muß; niemand kann ohne Erlaubniß eine Presse von großer oder kleiner Dimension besitzen. Nichtsdestoweniger kann man für Privatdruckerei Pressen von kleinen Dimensionen besitzen und Gebrauch davon machen, ohne dazu eine Spezialerlaubniß des Polizeiministers erhalten zu haben. Dieser Minister wird die Buchdrucker= und Lithographen= so wie Buchhändler=Patente verleihen.

Jeder Schriftgießer muß seine Verkäufe und die Namen der Käufer angeben. Drei Monate sind gestattet, um sich diesem Dekret gemäß einzurichten.

Das Projekt, das Polizei=Ministerium aufzuheben, scheint vertagt worden zu sein; übrigens spricht man sehr stark von einer intimen Annäherung unseres und des englischen Kabinets, deren Folge die Ausgleichung der Schweizer Differenzen gewesen wäre.

Kraft eines Dekrets ist Herr Gallix (welcher in der Gesellschaft des 10. Dezember eine bedeutende Rolle gespielt) zum Inspektor der Generalpolizei ernannt worden. Von der Thätigkeit der Generalpolizei erhält man täglich neue Beweise. Verbannung und Ausweisungen sind an der Tagesordnung. In den Süd=Departements, die noch unter Belagerungsstand stehen, trifft die Maßregel Personen aller Stände. Die Inamovibilität des Richter=Amts hat längst aufgehört. Zu Bordeaux sind ein Richter, drei Mitglieder des Generalraths, Advokaten, Journalisten und Gutsbesitzer des Landes verwiesen worden. Dies mag zur Würdigung der Charakteristik der Erhebung jener Departements dienen, die man als eine kommunistische zu bezeichnen sich nicht scheute. Die Departementalpresse wird sehr strenge gehalten, und darf nur das schreiben, was die Präfekten verstatten. Der „Courier de la Gironde" muß in andere Hände übergehen, da die Redaktoren ansgewiesen worden.

Großbritannien.

** **London,** 25. März. [Parlament.] Eine lange ermüdende Debatte im Unterhause nahm den Anfang der Sitzung ein. Es handelte sich um die Watford=Springwasser=Bill, bei welcher Gelegenheit viele Mitglieder ihren strengen Tadel über die mangelhafte Quantität und schlechte Qualität des gelieferten Wassers aussprachen. Die genannte Bill wurde mit einer Majorität von 196 gegen 65 Stimmen zur zweiten Lesung zugelassen.

Auf eine Anfrage des Mr. Hume, die Vertagung des Hauses betreffend, bemerkt der Schatzkanzler, daß, wie er gefunden habe, das Haus sich im vorigen Jahr am Dienstag vor Ostern vertagte. Ein Gleiches werde er, wenn nichts dazwischen trete, diesmal beantragen.

Man kommt dahin überein, daß solchen Mitgliedern, welche für Mittwoch vor Ostern einen Antrag angekündigt, einer der ersten Tage nach Ostern zur Einbringung ihres Antrages bewilligt werden solle.

In Antwort auf eine Frage des Sir de Lacy Evans sagte Mr. Henley, der Präsident des Handelsamtes, seine Aufmerksamkeit sei der Frage gewidmet worden, wie es mit der Erlaubniß, welche Ausländern gegeben sei, Patente zum Schutz im Krystallpallast ausgestellter Gegenstände zu nehmen, gehalten werden solle. Es werde eine kurze Bill eingebracht werden, um den Zeitraum des Schutzes bis zur Rechtsbeständigkeit des neuen Patentgesetzes zu verlängern.

Als Antwort für Mr. Reynolds erklärt Mr. Walpole, es seien keine Einrichtungen getroffen, um römisch=katholischen Gefangenen in Schottland religiösen Unterricht zukommen zu lassen. Die Priester würden auf Verlangen zugelassen. Es sei wahr, daß den Priestern in Perth die Erlaubniß verweigert sei, die Gefangenen im Hofe des Gefängnisses zum Zweck religiöser Erbauung zu versammeln. Doch werde auch kein Zwang angewandt, um die Gegenwart römisch=katholischer Gefangenen beim protestantischen Gottesdienst zu erzielen.

In Antwort auf eine Anfrage von Mr. Keogh, die Maynot=Bill betreffend erwiedert der Schatzkanzler: die Regierung beabsichtige für gegenwärtig nicht die Einbringung einer Bill zur Rücknahme der Staats=Unterstützung für katholische Seminare in Irland. Was im neuen Parlament geschehen werde, könne er jetzt nicht sagen.

Mr. Hume bringt seinen Antrag für Ausdehnung des Wahlrechtes, Ballot und dreijährige Parlamentsdauer ein. Ohne das Ballot, sagt er, würde die Ausdehnung des Wahlrechtes nutzlos sein. Die verderblichen Wirkungen des jetzigen Stimmsystems seien durch hinlängliche Erörterungen bewiesen. Er wünsche die Ausdehnung des Wahlrechts auf jeden Miether. (Die Sitzung dauert fort.)

Oberhaus. Die Sitzung beginnt um 5 Uhr. Lord Brougham reicht verschiedene Petitionen zu Gunsten der Grafschafts=Gerichts=Bill ein. Ebenso legt der edle Lord eine Bill zur Verbesserung des Verfahrens in Grafschafts=Gerichten vor, welche dahin geht, diesen Gerichten im londoner Distrikt die Jurisdiktion in Bankerott=Sachen zu geben und das Verfahren für die Beweisaufnahme in Schuldklagen abzukürzen.

Graf Derby erklärt in Antwort auf eine gestellte Frage, daß den burmesischen Feindseligkeiten keine Kriegserklärung vorhergegangen sei. Die Nachrichten, welche die Regierung bis jetzt erhalten, seien so unvollständig, daß er die Anfragen über diese Sache bis zur Ankunft der nächsten Post verschoben wünscht.

Lord Ellenborough versteht sich zur Aufschiebung der Anfrage, indem er die Besorgniß ausdrückt, daß die nächsten Nachrichten keine friedlichen Aussichten eröffnen werden. (Die Sitzung dauert fort.)

** **London,** 25. März. [Der Strike der Maschinenbauarbeiter. — Nationalkonföderation der Gewerke.] Gestern Abend wurde eine Konferenz von ungefähr 70 Delegaten der verschiedenen Gewerksvereine der Hauptstadt gehalten. Mr. G. M. Prideaux als Vorsitzender berichtete, Gegenstände der Berathung seien, ob es geeignet wäre, ähnliche Gewerks=Konferenzen im ganzen Königreich einzurichten; ferner, wie der vereinigten Engineergesellschaft unverzügliche Unterstützung zu verschaffen, wie kooperative Werkstätten für die Mitglieder derselben einzurichten, und wie das System der Kooperation im Allgemeinen zur Durchführung zu bringen sei. Mr. William Newton hielt über diese Gegenstände einen längern Vortrag; die Gewerke des Landes, sagte er, müßten gründlich und besonnen die Frage erwägen, ob die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern gerechte seien oder nicht. Was die Maschinenbauarbeiter betreffe, so liege es in der Hand der Gewerke, diesen „Vertheidigern der Ehre der Arbeit" sowohl augenblickliche als dauernde Unterstützung zu gewähren. Für jetzt möchten die Gewerks=Gesellschaften ihnen aus ihrem Fonds die Summe von 10,000 Pfd. leihen, um die Maschinenbauarbeiter zu befähigen, ihre Stellung zu behaupten, bis die Organisation zu dauernder Unterstützung ins Werk geführt sei. Das würde überdies den Arbeitgebern als Lehre dienen können. — Man beschloß einstimmig, eine Generalkonferenz von Gewerksabgeordneten des vereinigten Königreichs zu veranstalten. Was die Anleihe von 10,000 Pfd. betrifft, so wurde bemerkt, daß es bei den bestehenden Statuten der Gewerkskassen mindestens beträchtliche Zeit kosten werde, bevor eine solche Summe flüssig gemacht werden könnte; auf jeden Fall aber wolle man Deputationen an die Gewerke, welche in der Konferenz nicht vertreten waren, schicken, um zu erfahren, wie weit sie zur Beisteuer zu einem solchen Anlehen willig sein möchten.

Die Offiziere der Garnison in Manchester sind am Montag öffentlich als Schauspieler aufgetreten und wurden vom Publikum mit Beifall überschüttet. Sie führten drei Lustspiele auf. Oberstlieutenant Addison hatte einen passenden Prolog geschrieben, den ein „Gentleman vom 46. Regiment" vortrug; das Orchester war militärisch, die Dekorationen und Kostüme waren vom 16. Lanzier=Reg. geliefert; Beleuchtung, Theaterzettel und andere Kosten bestritten die Dilettanten aus ihrer eigenen Tasche, so daß die Einnahme ohne Abzug eines Penny in den Fonds zur Unterstützung der Bewohner von Holmfirth fiel, welche durch die neuliche Ueberschwemmung Hab' und Gut verloren haben. Das Theater war drückend voll.

Die „Gesellschaft der Freunde Italiens" versammelte sich gestern Abend in der „Freimaurer=Taverne" zu einer sogenannten Konversation. Etwa 300 Damen und Herren hatten sich eingefunden und beklatschten Mazzini, der sein hinlänglich bekanntes Glaubensbekenntniß erläuterte. Mr. Dawson suchte die Sympathien Englands für Italien zu vertreten, beschuldigte aber zugleich die Regierung Englands der Feigheit in auswärtigen Angelegenheiten. Als Präsident fungirte Mr. Newman, Professor an der londoner Universität.

Portugal.

* **Lissabon,** 20. März. Parteikämpfe und persönliche Zwistigkeiten nehmen hier kein Ende, und die Regierung hat durch den Eintritt der Herren Seabra und Almeida bis jetzt wenig gewonnen. Ohne die Sympathien des Volkes zu besitzen, und blos von den fremden Mächten gehalten, läßt sich keine fürs Allgemeine wohlthätige Maßregel durchführen; das Budget ist festgestellt. Der Vorlage gemäß würden die Revenüen fürs Verwaltungsjahr 1852–53: 10,793 Contos 406,896 Reis betragen; die Ausgaben 13,507 Contos 486,226 Reis. Es bliebe somit ein Defizit von 2714 Contos 27,000,327 Reis. Dieses soll folgendermaßen gedeckt werden: die königl. Familie lei=

stet dieselben Opfer wie im vorigen Verwaltungsjahr; die blos für 6 Monate bewilligten 5 pCt. Einkommensteuer werden beibehalten, um die Noten der lissaboner Bank, mit Ausnahme der 18 Contos, monatlich auszuzahlen. Dadurch verspricht der Minister das Defizit auf 189 Contos 864,169 Reis zu reduziren; aber das Schlimme ist, daß kein Mensch daran glaubt. Bei der ganzen Vorlage ist leider nur Eines verläßlich, und dieses Eine ist das Defizit.

Bei den Hofunterhaltungen, welche die Königin, die vollkommen wieder hergestellt ist, giebt, geht es überaus langweilig zu. Die Offiziere, die eingeladen waren, begingen bei der letzten Hoffete die Ungezogenheit, früher als die Königin wegzugehen. Der Herzog von Saldanha hat sich deshalb veranlaßt gefunden, in einem Circularschreiben an alle Offiziere die Hoffnung auszusprechen, daß die Geladenen sich künftig eines größeren Anstandes befleißigen werden.

Provinzial-Zeitung.

§ **Breslau**, 28. März. [Feuer.] Es war Abends 8 Uhr, als die sonntägliche Ruhe der Stadt plötzlich durch Feuerlärm unterbrochen wurde. Die promenirende Bevölkerung eilte in großen Massen vor das Sandthor, woselbst auf der Weingasse, zwischen dem Lehmdamme und Polnisch-Neudorf, ein Gehöfte in Brand gerathen war. Bevor jedoch die zahlreichen Löschapparate und Rettungsmannschaften den entlegenen Platz erreichen konnten, stand das zum größten Theile hölzerne Gebäude in hellen Flammen. Bei der herrschenden Windstille gelang es dann binnen einer Stunde, das Feuer vollständig zu unterdrücken. Das bezeichnete Gehöft ist fast bis auf die Sohle niedergebrannt, außerdem aber kein Unglücksfall zu beklagen. Man vermuthet, daß dieses Feuer von ruchloser Hand angelegt worden.

△ **Görlitz**, 27. März. [Beschlüsse des Gemeinderaths. — Vermischtes.] Das Interesse für die schlesische Industrieausstellung in Breslau beginnt jetzt lebendiger zu werden, was einerseits die allmählig wachsende Zahl von Anmeldungen, andererseits die Debatte in der gestrigen Gemeinderathssitzung über den beregten Gegenstand bewiesen hat. Der Gemeinderath beschloß, 20 Vorschußscheine à 5 Thlr. für die Ausstellung zu zeichnen. — Weiter wurde beschlossen, neben dem Stadtphysikus Dr. Bauernstein noch 3 Bezirks-Armenärzte anzustellen, jedem derselben, sowie dem Stadtphysikus, einen Stadtbezirk zuzutheilen und jedem der 3 Bezirksarmenärzte ein jährliches Honorar von 100 Thalern zu bewilligen. Sie erhalten ihre erste Anstellung auf eine dreijährige Frist und wird ihnen die Vertretung in Behinderungsfällen selbst zu ordnen überlassen, auch sollen sie dem Stadtphysikus nicht untergeordnet, sondern beigeordnet werden. — Dem Theaterdirektor Herrn Keller wurde die Fortsetzung der Vorstellungen im Theater, auch nach dem Ablaufe des Kontraktes, für ein Pachtgeld von 6 Thlr. 20 Sgr. für jede einzelne Vorstellung genehmigt. — Die diesjährige Stiftungsfeier der Oberl. Gesellschaft der Wissenschaften ist auf den 21. April angesetzt. Unter anderem werden dort drei eingegangene Preisbewerbungsschriften über die Kriege des Boleslaw Chrobry von Polen im Anfange des 11. Jahrhunderts beurtheilt und über die Preisvertheilung von 100 Thalern abgestimmt werden. Dem Vernehmen nach befindet sich Herr Prof. Dr. Röpell in Breslau mit unter den Preisrichtern. — Gestern stürzte der Fischermeister Lehmann hierselbst, auf der Rückkehr vom Schießhause nach dem jenseitigen Neisseufer der Prager Straße begriffen, im trunkenen Zustande in den Fluß. Sein Leichnam ist erst heute früh bei der Brücke aufgefunden worden.

(Notizen aus der Provinz.) * Reichenbach. Wie groß die Armuth in unserer Gegend ist und wie viel gethan wird, um diese Armuth zu mildern, ersieht man aus folgenden ungefähren Angaben. Man kann annehmen, daß in allen bürgerlichen Haushaltungen, in denen die Mittel und der Wille vorhanden sind, die Hilflosen zu unterstützen, allwöchentlich 20 Sgr. bis 1 Thlr. an Bettler, und zwar in Pfennigen! vertheilt werden. In andern Orten werden allwöchentlich 3—400 Stück hausbackene Brote für diesen Zweck verschnitten und außerdem an 20 Thlr., natürlich ebenfalls in Pfennigen, vertheilt. Hierzu kommen die vielen größeren Gaben, welche monatlich, vierteljährlich ꝛc. in besonderen Fällen von den Gutsherrschaften, den Kommunalkassen, aus Stiftungen, von Vereinen und zahlreichen Privaten gespendet werden. So finden z. B. in einem einzigen herrschaftlichen Hause allwöchentlich zwei Suppenvertheilungen statt, die zu Zeiten die Höhe von 220 bis 240 Portionen erreichten. Ein anderer Fabrikherr legirte im Jahre 1850 zur baaren Vertheilung unter die Armen, zur Bekleidung armer Konfirmanden und Schulkinder u. s. w. alljährlich eine Summe von 212 Thlr. Und dergleichen edle Züge der Wohlthätigkeit existiren noch viele. Und dennoch kann die Armuth nicht gehoben werden! Um so mehr aber ist es nothwendig, daß diese Armenpflege eine geregelte werde, daß der Würdige von dem Unwürdigen gesondert, daß der Träge und Arbeitsscheue mit Ernst zur Thätigkeit angehalten werde. War es je der Fall, so ist es jetzt hohe Zeit, daß sich an allen Orten umfassende Vereine bilden, die mit kräftiger Hand der überhandnehmenden Bettelei steuern und mit weiser Umsicht, aber auch mit menschenfreundlicher Milde überall den wahrhaft Hilfslosen unterstützen. Behörden und Privatvereine müssen hierin Hand in Hand gehen. Nur so kann ein glückliches Resultat erreicht werden.

═ Wohlau. Bei dem am 25. März hier abgehaltenen Kreistage kam unter anderem der Vorschlag der königl. Regierung zur Berathung: „Den Erlös aus den Jagdscheinen zur Unterstützung hilfsbedürftiger Veteranen aus den Jahren $18\frac{13}{15}$ zu verwenden." Die Versammlung bewilligte zwar die Unterstützung, nicht aber aus dem Erlös der Jagdscheine, weil deren Ertrag wechsele und sich wahrscheinlich bedeutend vermindern werde. Es wurde daher beschlossen: Den Erlös zu Kommunal-Zwecken zu verwenden und dagegen aus der Kreiskasse 150 Thlr. zur Unterstützung hilfsbedürftiger Veteranen zu verwenden. — Einige andere Unterstützungs-Gesuche wurden aus gerechtfertigten Gründen abgewiesen. Endlich wurden mehrere Inspektoren zur Aufsicht über Wegebesserungen, eine Deputation zur Prüfung der Rechnungen über die Verwaltung der Kreis-Kommunalfonds für $18\frac{50}{51}$ gewählt, und der Etat für $18\frac{51}{52}$ vorgetragen und genehmigt.

† Greiffenberg. Der hiesige Magistrat hat eine strenge Verordnung gegen das Betteln erlassen. Ferner ersucht er alle Einwohner auf das dringendste: „weder an Einheimische noch Auswärtige eine Gabe verabfolgen zu lassen, wenn dieselbe auf dem Wege des Bettelns verlangt wird. Im „Gegentheile bitten wir, (so lautet die Bekanntmachung weiter), diesen Betrag „an die monatliche Sammlung zur Unterdrückung der Bettelei zu „zahlen, wodurch es allein möglich wird, eine zweckmäßige Eintheilung der dem „Wohlthätigkeitszwecke gewidmeten Gelder zu treffen."

Man sieht hieraus, daß ein Verein, wie er jetzt gegenwärtig in Breslau erstrebt wird, bei uns schon lange in Wirksamkeit ist und dazu die kräftigste Unterstützung der städtischen Behörden genießt. — Es ist zu erwarten, daß auch die städtischen Behörden Breslaus ein derartiges Streben mit aller Kraft unterstützen werden.

△ Lauban. Unser „Anzeiger" fährt mit lobenswerther Beharrlichkeit fort, über die „schlesische Industrie-Ausstellung" zu berichten; er ist, so viel uns bekannt, das einzige Provinzialblatt, welches die bisher erfolgten Anmeldungen in aller Ausführlichkeit meldet, und sich überhaupt keine Notiz in den Zeitungen über die Ausstellung entgehen läßt. Ueberhaupt ist hier ein reges Streben für Industrie und Gewerbsthätigkeit erwacht, wozu wohl der hiesige Gewerbeverein das Meiste beigetragen hat. Der Segen wird diesen schönen Bestrebungen nicht ausbleiben. — Herr Effenberger veröffentlicht in dem hiesigen „Anzeiger" einen Bericht über die in der Stadt-Bibliothek aufbewahrten Bücher und Schriften des hiesigen Gewerbe-Vereins, um eine wünschenswerthere Benutzung dieser Gewerbs-Bibliothek Seitens der Vereins-Mitglieder herbeizuführen. Wer diese Schriften zur Belehrung lesen will, soll sich ohne Weiteres an Herrn Effenberger wenden. Derselbe geht von dem richtigen Grundsatze aus, daß, soll die Gewerbsthätigkeit einen erfreulichen Aufschwung nehmen, diese nicht allein auf die Erfahrung (die oft nur so viel als der „alte Schlendrian" bedeutet), sondern auch auf die Wissenschaft begründet werden muß. Praxis und Theorie müssen Hand in Hand gehen. — — Der hiesige Frauenverein hatte im verflossenen Jahre (einschließlich eines Bestandes von 2 Rtl. 13 Sgr. 3 Pf.) eine Einnahme von 50 Rtl. 13 Sgr. 3 Pf. Davon wurden 29 Rtl. 20 Sgr. als Lehrgeld für 21 Mädchen (im Sticken, Schneidern, Nähen, Stricken) und 18 Rtl. 20 Sgr. 6 Pf. an Arme vertheilt. Die Gesammt-Ausgabe betrug also 48 Rtl. 10 Sgr. 6 Pf., weshalb ein Kassenbestand von 2 Rtl. 2 Sgr. 9 Pf. verblieb.

Grünberg. In den Wahlen vom 20. und 22. d. M. sind die Herren Schönfärber E. Piltz, Seifensiedermeister Wilhelmi, Kupferschmiedemstr. Petersen, Tuchfabrikant H. Pitz, Seilermstr. Grunwald und Tuchfabrikant A. Fiedler zu Gemeinde-Verordneten gewählt worden. — Aus einer Bekanntmachung der städtischen Schulen-Deputation geht hervor, daß Kinder nach zurückgelegtem 6. Jahre schulpflichtig sind, und daß die Anmeldung derselben jährlich einmal, und zwar am Termin Ostern, erfolgen muß. — Am 5. April wird die zweite Versammlung des landwirthschaftlichen Vereins stattfinden. Die Vorträge bei derselben werden sich auf folgende Gegenstände erstrecken: 1) Die Behandlung des Düngers im Stall, auf der Miststätte und im Felde; 2) die Behandlung und Benutzung der Jauche; 3) die Kartoffelbearbeitung vom ersten Pflügen des Ackers an bis zur vollendeten Ernte sowie nachher; 4) die Vorarbeiten zum Wintergetreidebau, Saat und Ernte; 5) welche Rindviehrace bewährt sich als am vortheilhaftesten für die hiesige Gegend, deren Nutzen, die Aufzucht und die Behandlung des Viehes; 6) welchen Nutzen gewährt die Drainage, welche Kosten verursacht sie? — Ferner soll noch die Frage: „Roggen nach Kartoffeln" beantwortet, ein Vortrag über Einrichtung des landwirthschaftlichen Versuchsgartens auf der Besitzung Ruhleben bei Grünberg gehalten und die Betheiligung an der grünberger Gewerbe-Ausstellung, Thierschau ꝛc. besprochen werden. In letzterer Beziehung ist beschlossen worden, dem Gewerbe- und Garten-Verein Proben der vorzüglichsten Produkte unserer Viehnutzung zu senden, als Käse-Arten, Butter ꝛc., eben so unserer Gespinnst- und Handelsgewächse; ferner ein Assortiment von Wollvließen oder starken Wollproben und zwar mit folgenden beigegebenen Notizen: a) welchen Werth, nach Maßgabe des vorjährigen Wollmarktes, hat das Produkt; b) welche hervorstechenden guten Eigenschaften für den Fabrikanten, c) welche Fehler, d) zu welchem Fabrikat eignet es sich am vorzüglichsten? — Alle Einsendungen werden bis zum 10. April erbeten.

[1720] **Fremdenliste von Zettlitz Hôtel.**

Gräfin zur Lippe aus Kölchen. Reichsgraf v. Gaschin a. Poln. Crawarn. Lieut. v. Campe aus Schweidnitz. Kammerherr v. Dallwitz a. Leipe. Ober-Lieut. Ildershausen aus Stuttgart. Justizrath Heintze aus Frankfurt a. d. O. Gutsbes. Lohnert aus Pommern. Gutsbes. Wussow aus Pommern.

Börsenberichte.

Berlin, 27. März. Die Börse war heute in festerer Stimmung und die Course der meisten Effekten stellten sich höher als gestern.

Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3½% 109½ à ¾ bez., Prior. 4½% 103 bez. u. Br., 5% 104¼ Br. Krak.-Oberschl. 83 bez., 4% — — Fr.-Wilh.-Nordb. 4% 44¼, 43¾, 44¾, ¼ bez., Prior. 5% 100¼ Gl. Niederschl.-Märk. 3½% 95¾ à 96 bez., Prior. 4% 99⅛ bez., Prior. 4½% 101⅞ Br., 5% Serie III. Prior. 101⅝ Br., Prior. Serie IV. 5% 103⅛ Br., Niederschl.-Märk. Zweigb. 4% 33½ Gl. Oberschl. Litt. A. 3½% 147½ à 148 bez., Litt. B. 3½% 123 Br., Prior. 4% — — Rheinische 79 à 78¾ à 79 bez. Stargard-Pos. 86⅝ à ⅞ bez. Geld- u. Fonds-Course. Freiw. St.-Anleihe 5% 102⅜ Br. St.-Anleihe 1850 4½% 102¼ bez., dto. von 1852 101⅞ bez. St.-Schuld.-Sch. 3½% 89⅝ bez. Seehandl.-Präm.-Sch. 122¼ Br. Preuß. Bank-Antheil-Sch. 101½ à ¼ à ½ bez. Pos. Pfdbr. 4% 104½ bez., 3½% 95 Br. Poln. Pfdbr. 4% 96¼ Gl. Poln. Part.-Obligat. à 500 Fl. 4% 87 bez. u. Gl. à 300 Fl. 151 Br.

Wien, 27. März. Fonds und Aktien anfangs matt und 5% Metalliques bis 95, Nordbahnaktien von 154⅜ bis 153¼ gedrückt, schlossen zur besseren Notiz begehrt. Lombardische Anlehen wurde ½ bis ¾% höher bezahlt; auch mailänder Eisenbahn-Aktien besser. Komptanten und Wechsel unverändert.

% Metall 95⅛, 4½% 84½; Nordb. 154; Hamburg 2 Monat 183¾; London 3 Monat 12. 26; Silber 24½.

Bombay, 3. März. Wechselcours auf London 2—2½.

Calcutta, 21. März. Flaues Geschäft, londoner Cours 1—11½ bis 11¼.

Redakteur und Verleger: H. Barth in Breslau. Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.